

INSM  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH  
Georgenstraße 22  
D-10117 Berlin

Carl-Victor Wachs  
Leiter Kommunikation  
Pressesprecher

wachs@inism.de  
M +49 176 61649030

[inism.de](https://www.inism.de)

Berlin, 09.04.2025

Pressemitteilung

## **INSM-Digimeter 2025: Verwaltungsdigitalisierung kommt weiter nur langsam voran**

Berlin – Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland kommt weiter kaum vom Fleck. Der heute veröffentlichte Digimeter 2025 zeigt, dass von den 575 staatlichen Online-Leistungen, die laut Onlinezugangsgesetz (OZG) bis Ende 2022 bundesweit verfügbar sein sollten, Anfang 2025 erst 196 tatsächlich online sind. Besonders alarmierend: Im letzten Jahr sind lediglich 13 Leistungen hinzugekommen. Das Tempo nimmt also ab.

### **Langsamer Fortschritt und große Unterschiede**

Während Hamburg mit 290 digitalen Verwaltungsleistungen Spitzenreiter unter den Stadtstaaten ist, liegt Bayern mit 276 Angeboten an der Spitze der Flächenländer. Ändert sich das Tempo der vergangenen beiden Jahre nicht, brauchen Schlusslichter wie Hessen und Sachsen noch **15 bis 16 Jahre**, um das OZG vollständig umzusetzen. Durchschnittlich werden die Flächenländer über neun weitere Jahre benötigen. Bundesweit könnte die vollständige OZG-Umsetzung somit erst 18 Jahre nach dem ursprünglichen Zieldatum erfolgen – ein unhaltbarer Zustand.

### **Deutschland im europäischen Vergleich abgehängt**

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland nur im unteren Mittelfeld. Besonders schlecht schneidet es bei vorausgefüllten Formularen ab, wo es den vorletzten Platz unter den 27 EU-Staaten einnimmt. Eine fehlende Verknüpfung staatlicher Register behindert die Umsetzung des „Once-Only“-Prinzips, das Mehrfachangaben durch Bürger und Unternehmen vermeiden würde.

### **Bürokratie wächst trotz Entlastungspaketen**

Parallel zur schleppenden Digitalisierung steigt die bürokratische Last weiter. Die Zahl der Einzelregelungen in Bundesgesetzen und Verordnungen nahm in den vergangenen zehn Jahren um 21 Prozent auf fast 97.000 zu. Die seit 2017 verabschiedeten Bürokratieentlastungspakete konnten daran wenig ändern, da zwei Drittel der erwarteten

Entlastung auf digitale Verfahren entfallen, die ohnehin durch das OZG oder vergleichbare Vorgaben erforderlich wären.

## **Dringender Handlungsbedarf**

Die neue Bundesregierung muss die Verwaltungsdigitalisierung deutlich beschleunigen. Notwendig sind eine stärkere Koordinierung durch den Bund – falls erforderlich durch eine Grundgesetzänderung oder einen Staatsvertrag –, eine neue verbindliche OZG-Deadline, eine beschleunigte Registermodernisierung sowie zentrale digitale Dienste wie eine bundeseinheitliche E-ID und ein Unternehmensportal.

„Deutschland darf nicht weiter hinterherhinken. Eine moderne Verwaltung ist essenziell für Bürger, Unternehmen und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die nächste Bundesregierung muss die Digitalisierung zur Priorität machen und die Fehler der vergangenen Jahre korrigieren“, so INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben.

## **Über den Digimeter 2025**

Der Digimeter 2025 bewertet jährlich den Fortschritt der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland und vergleicht ihn mit anderen EU-Staaten. Es handelt sich um ein Gutachten des IW Köln, das von der INSM in Auftrag gegeben wurde.